



Friedensinfo

Gemeinsam gegen Krieg & Faschismus – für antiimperialistische Solidarität!

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de

September 2017

Kriegstreiber abwählen!

Schluss mit der **NATO-Aggression** – Schluss mit der **Bundeswehraufrüstung!**

→ Am 24. September ist Bundestagswahl. Im Wahlkampf versuchen CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne sich im Bereich der sogenannten Verteidigungspolitik voneinander abzugrenzen. Unterschiede gibt es aber nur in der Rhetorik – in der Sache sind sie sich einig: Die Bundeswehr soll massiv aufgerüstet werden, um die deutsche Beteiligung an den Kriegen der NATO, der USA und der EU in der ganzen Welt zu verstärken. Dagegen ist Widerstand angesagt – auf der Straße und mit dem Wahlzettel.

Vor drei Jahren erklärten die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in Wales, bis 2024 ihre finanziellen Mittel für Krieg und Militär auf 2% ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Bei einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent pro Jahr wären das in der Bundesrepublik im Jahr 2024 mehr als 70 Milliarden Euro. Eine Riesensumme, die dort fehlt, wo sie wirklich gebraucht wird: Im Gesundheitswesen, in Schulen und Hochschulen, in den Renten- und Sozialkassen. Das Vorhaben scheint so wahnwitzig, dass die Bundesregierung es immer wieder bestätigen muss. Im Juni erklärte Merkel, dass das gemeinsame Ausgabenziel der



Nato-Mitgliedstaaten „auf mittlere und längere Sicht nicht nur auf dem Papier stehen kann, sondern dass wir uns seiner annehmen müssen.“ Und der Koalitionspartner SPD? Kanzlerkandidat Schulz tönt über Merkels Pläne: „Sie will Aufrüstung, ich will das nicht.“ Drei bis fünf Milliarden mehr pro Jahr sollten es aber schon sein. Also 21-35 Milliarden mehr bis 2024 - kein Unterschied zu Merkel!

NATO-Austritt ist machbar

Statt Aufrüstung ist massive Abrüstung angesagt. Doch gigantische Rüstungsprojekte werden angeschoben: Kampf-drohnen, neue Fregatten, das MEADS-Raketensystem. Und auch personell wird

> Fortsetzung siehe Rückseite

100% Antikriegspartei

→ Die Regierung unseres Landes führt Krieg. Die Bundeswehr ist in aller Regel und oft führend dabei. Deutschland ist seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 in permanentem Kriegseinsatz. Zur Zeit in Afghanistan, Syrien, Mali. Die forcierte Aufrüstung ist zur Doktrin der NATO und der von Deutschland dominierten EU geworden. Der Export deutscher Waffen bringt Extraprofit. Die NATO rückt immer weiter gegen Russland vor. Damit wächst die Gefahr der Eskalation zu einem großen Krieg bis hin zum Atomkrieg. **In dieser Situation kandidiert die DKP zu den Bundestagswahlen.** Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass es zu Mandaten im Bundestag reicht. Und wir wissen, dass Wählen allein noch nie geholfen hat, sondern dass dieses Land dringend außerparlamentarischen Widerstand braucht. Warum kandidieren wir dennoch zur Bundestagswahl? Die Antwort ist einfach: **Wir wollen die Gelegenheit nutzen, die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten bekannt zu machen.** Die DKP stellt deshalb im Bundestagswahlkampf ihr „Sofortprogramm“ mit fünf zentralen Forderungen zur Diskussion: **1. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser; 2. Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen; 3. Aufstockung von sozialen Leistungen, von Hartz IV, Kindergeld, Rente und des Mindestlohns; 4. Ende der Kriege und anderer Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats; 5. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer**

Venezuela: Dreiste Einmischung

US-Regierung, EU, Bundesregierung und die Medien **fantasieren** von einer „Diktatur“

→ Noch deutlicher lässt sich die Abscheu gegen demokratische Wahlen kaum ausdrücken. Wenige Tage vor der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung (Constituyente) in Venezuela hatte die USA-Regierung deutlich erklärt, dass jeder, der sich für die Constituyente wählen lässt, mit Sanktionen der USA rechnen müsse. Die USA sahen sich, ebenso wie die Europäische Union auch genötigt, noch vor den Wahlen zu erklären, dass sie das Ergebnis der Abstimmung nicht anerkennen werden.

Hetze gegen Maduro

Was die Leute, die im selbsternannten „freien Westen“ die Politik bestimmen, vom Wahlgang in Venezuela halten, haben sie selbst und über die ihnen hörigen Medien deutlich gemacht. Ungefiltert werden die Vorwürfe der rechten Opposition weitergegeben, die da lauten: „Maduro muss weg!“ und „Die Constituyente bedeutet Diktatur, Hunger, Elend“. Die Opposition wird als der gute Part in Venezuela dargestellt, unabhängig davon, ob deren Vertreter Steine oder Brandflaschen werfen, Läden und Kinderkrankenhäuser überfallen oder auch Kandidaten für die Wahl kurzerhand erschießen. Die westlichen Leitmedien sehen die Schuldigen



für die Gewalt ausschließlich bei der Regierung, auch wenn Agenturfotos das Gegenteil darstellen.

Demokratische Wahl

Trotz des allgegenwärtigen Terrors, der Bedrohung von Leib und Leben, der übermächtigen medialen Hetze sind mehr als 8 Millionen Bürger zu den Wahllokalen gegangen. Eine Wahlbeteiligung von etwas über 41 Prozent ist zwar kein Grund zum Feiern, dennoch ist es beachtlich, dass sich unter diesen Bedingungen so viele Menschen beteiligen. Von fehlender demokratischer Legitimität der Constituyente kann keine Rede sein. USA und EU geht es in Wirklichkeit darum, im Kampf um den (Öl-)Reichtum Venezuelas die alten Eliten und die eigenen Konzerne zu unterstützen.

genommen auf einen Status Deutschlands als Weltmacht.

Bundeswehr weltweit im Krieg

Das Ziel des neuen Militarismus: Die „ungehinderte Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien“ sowie eine „gesicherte Rohstoff- und Energiezufuhr“ wie es im „Weißbuch der Bundeswehr“ heißt. Im Klartext: Krieg für die Profite der Wirtschaft. Die Bundeswehr befindet sich in zahlreichen Kriegseinsätzen. Von Afghanistan, über Syrien bis nach Mali. Offiziell begründet wird dies wahlweise mit Terrorismusbekämpfung oder der Durchsetzung von Menschenrechten. Tatsächlich geht es darum, die westliche geopolitische Vorherrschaft abzusichern und auszubauen – und Deutschland ein „Stück vom Kuchen“ zu sichern. Dies alles geschieht auf Kosten der Bevölkerung der betroffenen Länder, der Jugendlichen, die als Kanonenfutter erhalten sollen und der Bevölkerung hierzulande, die sprichwörtlich dafür bezahlen muss. Auch in dieser Frage gibt es bei CDU/CSU-SPD-FDP-Grünen keinen Streit. Lediglich die Rhetorik unterscheidet sich. Etwa wenn SPD-Außenminister Gabriel auf dem evangelischen Kirchentag allen Ernstes Abrüstung fordert. Dabei war er als Wirtschaftsminister für Rekorde beim deutschen Waffenexport verantwortlich!

Die Politik der Bundesregierung kennt nur eine Richtung: Mehr Waffen, mehr Kriegseinsätze, mehr Rüstungsexporte, mehr NATO, mehr militärische Drohgebärden, mehr Geld fürs Militär. FDP, AfD und Grüne haben in diesen Grundfragen keinen anderen Kurs.

Bei der Bundestagswahl muss dieser Kriegspolitik ein deutliches NEIN entgegengesetzt werden – wählt Kommunisten – wählt die DKP! Wir fordern:

- » *Frieden mit Russland! NATO- und Bundeswehrtruppenabzug aus Osteuropa!*
- » *Abrüstung statt Sozialabbau! Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser statt Panzer, Drohnen und Raketen!*
- » *Abzug aller deutschen Truppen aus Auslandseinsätzen!*
- » *Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!*

› Fortsetzung Vorderseite

aufgerüstet: Die Bundeswehr soll wieder auf 200.000 Personen vergrößert werden. Da kommt die NATO-Aufrüstungsverpflichtung und die Forderungen der US-Regierung nach mehr Militärausgaben der übrigen NATO-Staaten wie gerufen. Am transatlantischen Bündnis darf nicht gerüttelt werden – darin sind sich die genannten Parteien einig. Und auch die AfD hat sich zur NATO bekannt. Die NATO steht für den Konfrontationskurs gegen Russland. Über deutsches Territorium wurde in diesem Jahr der beispiellose

NATO-Aufmarsch in Osteuropa abgewickelt, an dem die Bundeswehr selbst mit 500 Soldaten beteiligt ist. Wer für Frieden und Entspannungspolitik gegenüber Russland wirbt, muss konsequenterweise fordern: Austritt der Bundesrepublik aus der NATO! Damit einhergehen muss ein Abzug der US-Atombomben vom Fliegerhorst Büchel, die Schließung der US-Airbase Ramstein und der anderen US-Kommandozentralen wie AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Statt Friedenspolitik herrscht jedoch das Gegenteil: Parteiübergreifend wird Kurs